

### **DIE III. NOVELLE DER UNGARISCHEN ZIVILPROZESSORDNUNG IM SPIEGEL DER PRAXIS**

DR. GYULA VARGA

Universitätsoberassistent

Die ungarische Zivilprozeßordnung — das Gesetz Nr. III/1952, die *ZPO* — trat am 1. Januar 1953 in Kraft. In den darauffolgenden zwanzig Jahren erfuhr sie drei wesentliche Änderungen. Modifiziert wurde sie durch das Gesetz Nr. VI/1954 (I. Novelle zur *ZPO*), dann durch das Gesetz Nr. VIII/1957 (II. Novelle zur *ZPO*) und durch die Verordnung mit Gesetzeskraft Nr. 26/1972, die III. Novelle zur *ZPO* (im weiteren: die *Novelle*), die am 1. Januar 1973 in Kraft trat. Die letzte Abänderung hatte im Zivilprozeßverfahren zahlreiche und wesentliche Veränderungen zum Ergebnis, berührte jedoch nicht die grundlegenden Prinzipien, die bei der Schaffung des Gesetzes Nr. III/1952 maßgebend waren, und die sich auf Grund der Erfahrungen der vorangegangenen zwei Jahrzehnte als richtig erwiesen hatten.

Im folgenden überblicken wir die wesentlichen Bestimmungen der Novelle und die insgesamt anderthalb jahrzehntelangen Erfahrungen ihrer Anwendung. Über die praktischen Erfahrungen berichten wir im Anschluß an die Teile, in denen die einzelnen Bestimmungen der Novelle behandelt werden. Die engen Rahmen dieser Studie gaben natürlich nur Gelegenheit zur skizzenhaften Erarbeitung des Themas.

Bei der chronologischen Untersuchung der Gründe und Voraussetzungen der Modifizierung müssen wir zuerst einen Regierungsbeschluß von 1969 erwähnen, der im Interesse der Steigerung des Demokratismus und der Effektivität der Rechtspflege eine Überprüfung der sich auf die Rechtspflege beziehenden Rechtsnormen anordnete. Als Ergebnis der daraufhin einsetzenden Kodifizierungsarbeit wurde unter anderem das Gesetz Nr. IV/1972 über die *Gerichte* und das Gesetz Nr. V/1972 über die *Staatsanwaltschaft* der Ungarischen Volksrepublik geschaffen. Durch die von den erwähnten Standpunkten aus geleitete rechtsschöpferische Tätigkeit wurde auch die *Novelle* zustandegebracht. Auch das Gesetz Nr. I/1972, durch das die Verfassung geändert wurde, war auf die Änderung der Zivilprozeßordnung einwirkend. Die *Novelle* ist also Teil einer breiten Justizrechtschaffung, die auf den grundlegenden, prinzipiellen Verordnungen der Verfassung sowie des Gerichtsverfassungsgesetzes basiert.

Die ZPO mußte mit den Bestimmungen der erwähnten Gesetze in Einklang gebracht werden. Außerdem war die Steigerung der Wirksamkeit des Zivilprozeßverfahrens eine grundlegende Zielsetzung der Abänderung.<sup>1</sup> Die Novelle strebte daher nach Vereinfachung und Beschleunigung des Verfahrens und vollzog weiterhin solche Veränderungen, die die Anwendung moderner technischer Mittel im Verfahren ermöglichen und der im technischen Sinn verstandenen Modernisierung dienen. Sie enthält auch mehrere Maßnahmen im Interesse der erhöhten Mitwirkung der Parteien und der Verhinderung des Mißbrauchs des Prozeßsystems.

Die wichtigeren Gebiete der durch die *Novelle* bewirkten Veränderungen können wie folgt bezeichnet werden:

- infolge des durch das Gesetz über die Gerichte geschaffenen *einheitlichen Forumsystems* notwendig gewordene Maßnahmen;
- teilweise Einführung der *Einzelgerichtsbarkeit* in den Zivilrechts-sachen;
- Veränderungen hinsichtlich der zivilverfahrensrechtlichen Lage und Aufgaben des *Staatsanwaltes*;
- *Beschleunigung*, Vereinfachung des Verfahrens, Veränderungen zwecks technischer Modernisierung;
- Maßnahmen zur *Verhinderung des Mißbrauchs der Verfahrensrechte*.

Im weiteren werden die eben erwähnten Gebiete einzeln ausführlich behandelt.

## I. Maßnahmen, die infolge der Verwirklichung des einheitlichen Forumsystems erforderlich wurden

Das Gesetz Nr. IV/1972 über die Gerichte brachte bedeutende Veränderungen im Aufbau der Justiz und der Gerichte mit sich. *Eine wichtige Maßnahme* des Gesetzes war die *Vereinheitlichung* der die Zivilrechtsstreite wahrnehmenden verschiedenen *Foren*.

Früher verteilte sich in Ungarn die Beurteilung der in weiterem Sinne verstandenen Zivilrechtsstreite auf *drei verschiedene Foren*. Diese waren: das Gericht, das Vertragsgericht und die Konfliktkommissionen.

Die *Gerichte* verfahren in solchen Rechtsstreiten, in denen als Partei (wenigstens als eine Partei) auch ein Staatsbürger auftrat. Ebenfalls in gerichtliche Zuständigkeit gehörten diejenigen Rechtsstreite, in denen wenigstens eine Partei eine landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft war. Doch auf gerichtlichen Weg gehörte im engeren Kreis auch ein Teil der Rechtsstreite der staatlichen wirtschaftenden Organe (Unternehmen) untereinander (z. B. Prozesse zur Erstattung von außervertraglich verursachten Schäden). Auch in einigen bestimmten Arbeitsrechtsstreiten ging das Gericht vor.

In die Zuständigkeit der *Vertragsgerichte* gehörten im allgemeinen die aus dem Vertragsverhältnis der staatlichen wirtschaftenden Organe untereinander entstehenden Rechtsstreite.



Die Arbeitsrechtsfälle gehörten in erster Instanz im allgemeinen in die Zuständigkeit der betrieblichen Konfliktkommissionen. In zweiter Instanz jedoch entschieden die Komitatskonfliktkommissionen. In einigen Fällen (z. B. in wegen Betriebsunfalles entstehende Schadenersatzangelegenheiten) konnte dem Gericht ein Antrag auf Überprüfung des Beschlusses der Komitatskonfliktkommission unterbreitet werden. Es kamen auch solche Arbeitsfälle vor, in denen die Klage unmittelbar dem Gericht eingereicht werden konnte.

Aus dieser kurzen, bei weitem nicht vollständigen Darlegung kann festgestellt werden, daß kein einziges Forum über ein genau abgrenzbares „klares Kompetenzprofil“ verfügte.

Das Gesetz über die Gerichte schuf dadurch, daß es die Vertragsgerichte abschaffte bzw. der ordentlichen Gerichtsorganisation einverleibte, ein einheitliches Forum der zivilen Rechtssachen. Weiterhin setzte es unter Abschaffung der Komitatskonfliktkommissionen gleichzeitig Arbeitsgerichte ein.

Die in der erwähnten Form durchgeführte Vereinheitlichung war das Ergebnis der gemeinsamen Wirkung mehrerer Faktoren. Im folgenden wird kurz über die Beweggründe der Vereinheitlichung berichtet, anschließend werden dann die hauptsächlichsten Züge der Veränderungen dargelegt, die infolge der Vereinheitlichung erforderlich wurden.

Die Einverleibung der *Vertragsgerichte* in die ordentliche Gerichtsorganisation ist grundlegend auf wirtschaftspolitische Gründe zurückzuführen. Die zur organisatorischen Vereinheitlichung führenden wirtschaftspolitischen Gründe können kurz wie folgt zusammengefaßt werden:

Es veränderte sich die Struktur der volkswirtschaftlichen Planung und infolgedessen bedurften auch die Organisation und Funktion der staatlichen Wirtschaftseinheiten der Veränderung. Es veränderten sich das Vertrags- und Investitionssystem, der Kredit- und Geldverkehr sowie die Regelung von Preisen und Einkommen. Durch die Erhöhung der Selbständigkeit der Unternehmen geriet in den Wirtschaftsbeziehungen der Unternehmen untereinander notwendigerweise die wirtschaftsorganisatorische Rolle der Vertragsabschlüsse in den Vordergrund und der Bereich des Kontrahierungszwanges wurde verringert. Als Ergebnis all dessen änderten sich Charakter und Natur der Rechtssachen der Wirtschaftsorgane untereinander. Diese Faktoren waren auch schon vor der Modifizierung der Verfassung und dem Inkrafttreten des Gerichtsverfassungsgesetzes wirksam. Ihre Wirkung war schon in der 1967 stattgefundenen Änderung des vertragsgerichtlichen Verfahrens spürbar (Regierungsverordnung Nr. 45/1967). Mit dieser Änderung wurden die Verfahrensregeln des Vertragsgerichtes schon in großem Maße dem Gerichtsverfahren angenähert: es wurde der Bereich der Offizität verringert, die Verfügungsbefugnis der Parteien erhöht, die Wirtschaftsverwaltungstätigkeit der Vertragsgerichte verringert und die Möglichkeit der Berufung eingeführt. Es geriet also im vertragsgerichtlichen Verfahren das Justizelement, die Tätigkeit in den Vordergrund. Das kam

auch in organisatorisch-aufsichtsmäßiger Hinsicht dadurch zum Ausdruck, daß die Vertragsgerichte der Staatsverwaltungsaufsicht entzogen wurden und unter die Aufsicht des Justizministers gerieten. Das neue Gerichtsverfassungsgesetz war also die verfassungsrechtliche Konsequenz eines mehrjährigen Entwicklungsprozesses.

Das andere Gebiet der Ausweitung der gerichtlichen Zuständigkeit war die Schaffung von *Arbeitsgerichten*, als deren grundlegendes Motiv die erhöhte Gewährleistung der staatsbürgerlichen Rechte bezeichnet werden kann.

Auch in der Begründung des Gerichtsverfassungsgesetzes wird nachdrücklich betont, daß in dem Streit zwischen Werkstätigem und Arbeitgeber der gründlichen und entsprechenden Entscheidung der sich aus dem Arbeitsverhältnis ergebenden Rechte und Pflichten eine bedeutende Rolle beim Schutz der Rechte des Werkstätigen und der Erfüllung seiner Verpflichtungen zukommt. Die Beurteilung der Arbeitsrechtsstreite ist eine Aufgabe der Rechtspflege, deshalb müssen sie auf verbürgte Weise mit den Garantien des Zivilprozeßverfahrens beurteilt werden.

Neben den eben erwähnten grundlegenden Motiven sprachen auch übrige, nicht zu vernachlässigende Faktoren für die Verwirklichung der Vereinheitlichung.

Wegen der weitverzweigten Gliederung der zur Beurteilung der Zivilrechtssachen benannten Foren entstanden überflüssige Kompetenzstreite zwischen den Gerichten und anderen Organen. Besonders auf dem Gebiet der Arbeitsrechtsstreite entstanden nicht erwünschte Kompetenzstreite, deren Entscheidung oft auch für Fachleute problematisch war. Die Verschiedenheit der zur Entscheidung von Rechtsstreiten berechtigten Organe führte notwendigerweise auch zur Verschiedenheit der Verfahrensregeln und der Rechtsinstanzen und erschwerte die einheitliche Gerichtspraxis und auch die Verwirklichung der einheitlichen Rechtsauslegung. Schließlich konnte auch nicht außer Acht gelassen werden, daß die Tätigkeit solcher parallel organisierter Organe auch nicht den Forderungen der Wirtschaftlichkeit entsprachen.

Da mit dem Gerichtsverfassungsgesetz die organisatorische Vereinheitlichung durchgeführt worden war, hatte die *Novelle* eine doppelte Aufgabe: einerseits mußte sie der neuen Situation entsprechende Kompetenzregelungen schaffen bzw. mußten die Fälle jetzt schon innerhalb des gerichtlichen Forums aufgeteilt werden, andererseits mußte sie neben der Schaffung einheitlicher Verfahrensregeln spezielle, auf einzelne Angelegenheiten bezogene, besondere Verfahrensregeln bringen.<sup>2</sup>

Die Vereinheitlichung des Forensystems führte nämlich notwendigerweise auch zur Vereinheitlichung der Verfahrensregeln, doch Richtlinie war daneben auch die Differenzierung innerhalb der einzelnen Sachgebiete entsprechend ihrem Charakter.

Die Vereinheitlichung der Verfahrensregeln wurde durch die *Novelle* in der Weise gelöst, daß einerseits die allgemeinen Verfahrensregeln der *ZPO* auch auf diese, wieder in gerichtliche Zuständigkeit geratene An-



gelegenheiten ausgedehnt wurde, jedoch so, daß deren spezifischer Charakter in Betracht gezogen wurde, was sich in Form besonderer Verfahrensregeln, die sich auf die Wirtschafts- und Arbeitsrechtsprozesse beziehen, äußert.

Doch auch in den besonderen Verfahrensregeln kommen die grundlegenden Prinzipie des Zivilverfahrens zur Geltung. Die Beziehung der allgemeinen Regeln der *ZPO* zu diesen besonderen Verfahrensregeln besteht darin, daß die allgemeine Regel mit den in besonderen Verfahren enthaltenen Abweichungen angewendet werden muß. Es ist auf diese Weise gelungen, die neuen Verfahrensregeln dem einheitlichen System der *ZPO* einzuverleiben.

Bei der Regelung des Zuständigkeitsbereiches mußten die wieder auf gerichtlichen Weg gehörenden Angelegenheiten in Betracht gezogen werden; weiterhin mußte eine *Vereinfachung* der vorhandenen Regelungen hinsichtlich des Kompetenzbereiches durchgeführt werden.

Die *ZPO* enthält gegenwärtig drei Regelungen zur Kompetenzfrage. Einerseits enthalten die *allgemeinen* Verfahrensregeln, andererseits die sich auf die *Wirtschaftsprozesse*<sup>3</sup> und *Arbeitsprozesse* beziehenden besonderen Verfahrensregeln Bestimmungen hinsichtlich des Kompetenzbereiches. Demzufolge sind die in den allgemeinen Regelungen enthaltenen Bestimmungen über den Kompetenzbereich für Wirtschafts- und Arbeitsprozesse *nicht* gültig.

Den *allgemeinen Verfahrensregeln* zufolge gehen in erster Instanz, wenn nicht irgendeine Angelegenheit durch das Gesetz in den Zuständigkeitsbereich des Bezirksgerichtes verwiesen wird, die *Kreisgerichte* vor. Die Kreisgerichte verfügen also über einen allgemeinen Kompetenzbereich. Das Bezirksgericht geht in den vermögensrechtlichen Prozessen vor, in denen der Streitwert 300 000 Ft überschreitet, weiterhin bei einigen, dem Objekt zufolge festgelegten Sachgebieten ohne Rücksicht auf die Wertgrenze.<sup>4</sup>

Die auf die *Wirtschaftsprozesse* bezogenen besonderen Verfahrensregeln machen das Bezirksgericht zum Gericht mit allgemeinen Kompetenzbereich. Die Kreisgerichte gehen nur in solchen Wirtschaftsprozessen vor, die durch das Gesetz ausdrücklich in ihren Zuständigkeitsbereich verwiesen werden. In der Mehrzahl der Fälle gehen hier in erster Instanz die Bezirksgerichte vor.<sup>5</sup>

Die neue Regelung hat eine gesündere Verteilung der Fälle zwischen den Kreis- und Bezirksgerichten zur Folge. Früher nämlich ging nur in einem verschwindend kleinen Teil der Fälle das Bezirksgericht in erster Instanz vor. Das hatte zur Folge, daß das Oberste Gericht nur in sehr wenigen Fällen als zweitinstanzliches Gericht urteilte, was auch vom Standpunkt der Gewährleistung der einheitlichen Gerichtspraxis aus nicht richtig war.

Wir müssen hier erwähnen, daß durch die *Novelle* auch die *Presseprozesse*, in denen zuvor das Strafgericht vorging, auf den zivilen Rechtsweg geleitet wurden.

*Die Arbeitsgerichte wurden als erstinstanzliche Sondergerichte vom Grade der Kreisgerichte organisiert und sind in den Bezirksstädten tätig. Als zweitinstanzliches Gericht gehen die Bezirksgerichte vor. Die Interessantheit der Lösung besteht darin, daß gegen den Beschluß eines Sondergerichtes bei einem ordentlichen Gericht Berufung eingelegt werden kann.*

In Arbeitssachen gehen auch weiterhin primär die neben den Unternehmen (Genossenschaften) organisierten sogenannten betrieblichen bzw. genossenschaftlichen Konfliktkommissionen vor. Gegen den Beschluß dieser Organe kann im allgemeinen beim Arbeitsgericht Klage eingereicht werden. In einzelnen Fällen kann die Klage – unter Umgehung des Verfahrens der Betriebskonfliktkommission – unmittelbar beim Gericht eingebracht werden. Auch betreffs des Einspruches des Staatsanwalts gegen den Beschluß der betrieblichen oder genossenschaftlichen Konfliktkommission entscheidet das Arbeitsgericht.

Die Arbeitsgerichte sind, wie bereits erwähnt, Sondergerichte. Die allgemeine Aufsicht über ihre Tätigkeit übt unmittelbar der Justizminister aus. Mit Hinsicht auf den besonderen Charakter dieser Prozesse übt der Justizminister die Aufsicht in Übereinstimmung mit dem Minister für Arbeitswesen und dem Landesrat der Gewerkschaften aus.

Die prinzipielle Lenkung der Rechtsprechung auch in bezug der Arbeitsgerichte ist Aufgabe des Obersten Gerichtes, die von einem neu-geschaffenen Arbeitskollegium des Obersten Gerichtes versehen wird.

Die Vereinheitlichung des Forensystems hat unserer Meinung nach die an die geknüpften Hoffnungen erfüllt. Sie hat in großem Maße die weitere Entwicklung der Einheit der zivilen Rechtsprechung gefördert. Die Verweisung der Arbeitssachen auf den Gerichtsweg hat das Niveau der Rechtsprechung in Arbeitssachen erhöht. Richtiger wäre dennoch die Lösung gewesen, wenn das Gericht die Arbeitssachen in erster Instanz anstelle an die Arbeitssondergerichte an die ordentlichen Gerichte (Kreisgerichte) verweist. Eine solche Lösung erscheint auch von wirtschaftlichem Standpunkt aus als vorteilhafter.

Die sich auf Vereinfachung und Beschleunigung des Verfahrens beziehenden Regeln der Novelle zeigen sich in den Wirtschaftsprozessen am effektivsten. Von der Novelle wurden nämlich die früher gut bewährten und der Vereinfachung und Beschleunigung des Verfahrens dienenden Verfahrensregeln der aufgehobenen Wirtschaftskonfliktkommissionen glücklich in die ZPO eingebaut.<sup>6</sup>

## II. Die teilweise Einführung der Einzelgerichtsbarkeit in Zivilsachen

Vor Erscheinen der Novelle kam *auch im erstinstanzlichen Verfahren* das Prinzip der Kollegialgerichtsbarkeit ungebrochen zur Geltung. Abgesehen von einigen Ausnahmen, bei denen eine aus drei Berufsrichtern bestehende Kammer das Urteil fällte, gingen die Gerichte in einer aus



einem Berufsrichter und zwei Schöffen bestehenden Kammer vor. Die Novelle brachte im erstinstanzlichen Verfahren eine Veränderung, zweitinstanzlich urteilt auch weiterhin eine aus drei Berufsrichtern bestehende Kammer.

Das neue Gesetz über die Gerichte ermöglichte bei einzelnen Angelegenheiten das erstinstanzliche Vorgehen nicht einer Kammer, sondern eines *Einzelrichters* bzw. *einer von der normalen abweichend zusammengesetzten Kammer*.

Das Gesetz über die Gerichte ging davon aus, daß die Grundprinzipie der Rechtspflege, so auch das Prinzip der Kollegialgerichtsbarkeit keine unveränderlichen Thesen, sondern solche Zielsetzung sind, deren Aufgabe die Gewährleistung der Wirksamkeit der Rechtspflege ist. Die Kollegialgerichtsbarkeit blieb unverändert eine Hauptregel. Dort jedoch, wo die Anwendung der Schöffen eine bloße Formalität wäre, wo die Schöffen dies schnelle und wirksame Rechtspflege nicht fördern, kann ein Einzelrichter vorgehen.

Aufgabe der Novelle war die Bestimmung der Zivilrechtssachen, in denen Einzelrichter vorgehen. Prinzipieller Gesichtspunkt bei der Aufteilung der Fälle zwischen Einzel- und Kollegialgerichtsbarkeit war, daß die Schöffen nur in solchen Fällen vorgehen, wo ihre Lebenserfahrung und ihr Rechtsbewußtsein nützlich sind. Im Sinne der neuen Verordnung geht bei der überwiegenden Mehrheit der vermögensrechtlichen Prozesse ein Einzelrichter vor (ZPO 11. §)<sup>7</sup> Unter Mitwirkung von Schöffen verfährt das Gericht z. B. in den familienrechtlichen, arbeitsrechtlichen und den aus dem genossenschaftlichen Mitgliedsverhältnis entstehenden Rechtsstreiten, weiterhin in allen solchen Angelegenheiten, bei denen das Gericht den Beschluß einer anderen, zuvor verfahrenen Behörde überprüft (z. B. in den Anfechtungsprozessen von Entscheidungen der Staatsverwaltung).

Diejenigen Bestimmungen, die das erstinstanzliche Vorgehen des Gerichtes einer aus drei Berufsrichtern bestehenden Kammer bei Gewerberechtsschutz- (Erfindungs-, Patent-, Schutzmarken- usw.) Streitigkeiten ermöglichten, blieben auch weiterhin gültig.

Die Praxis beweist eindeutig den Erfolg der Einführung der Einzelgerichtsbarkeit. Unter Zugrundelegung des Parteienverkehrs der Jahre 1973–1975 kann festgestellt werden, daß in mehr als 40% der Zivilangelegenheiten ein Einzelrichter vorgegangen ist. Es erfolgte zwar keine solche Erfassung, die mit zahlenmäßigen Angaben die Tatsache unterstützen würde, daß das vor dem Einzelrichter laufende Verfahren schneller ist, als wenn das Gericht in einer Kammer vorgeht, doch stellt es eine allgemeine Erfahrung dar, daß in dem Verfahren vor dem Einzelrichter der Verlauf der Verhandlung schneller und die Zeitspanne zwischen den einzelnen Verhandlungen kürzer ist.

### III. Bestimmungen bezüglich der zivilprozeßrechtlichen Lage und Aufgaben des Staatsanwaltes

Der Novelle zufolge (ZPO 2/A §) kann der Staatsanwalt bei wichtigem staatlichen und gesellschaftlichen Interesse bzw. dann Klage erheben, wenn der Berechtigte aus irgendeinem Grund nicht fähig zum Schutz seiner Rechte ist. Der Staatsanwalt kann unverändert in dem von anderen angestregten Prozeß auftreten. Auch weiterhin kann er keine Klage eines solchen Rechtes wegen erheben, das nur eine in der Rechtsvorschrift bestimmte Person oder Organ geltend machen kann. Das Berufungsrecht des Staatsanwaltes wird durch die Novelle nicht beschränkt.

Die Frage, ob das zur Klageerhebung erforderliche wichtige staatliche oder gesellschaftliche Interesse vorliegt, oder ob der Berechtigte fähig zum Schutz seiner Rechte ist, entscheidet allein der Staatsanwalt. Das kann vom Gericht nicht abgewägt werden.

Die Novelle scheint, wenn auch nicht das Klageerhebungsrecht des Staatsanwaltes, doch den Bereich der zur Klageerhebung Grund gebenden Fakten zu verringern.

Durch die *Novelle* wurde die begünstigte verfahrensrechtliche Lage des Staatsanwaltes hinsichtlich der Rechtsfolgen des Versäumnisses aufgehoben. Die neuen Regeln stellen das Versäumnis der Verhandlung durch den Staatsanwalt unter die gleiche Beurteilung, wie die das der Parteien.

### IV. Veränderungen zwecks Beschleunigung, Vereinfachung und technischer Modernisierung des Verfahrens

Trotz des Umstandes, daß die Beschleunigung und Vereinfachung des Verfahrens auch Ziel der Mehrzahl der zuvor dargelegten Veränderungen war, werden diejenigen neuen Verordnungen, deren Hauptgesichtspunkt die Vereinfachung und die Beschleunigung waren, unter einem besonderen Punkt behandelt. Dieser Hauptgesichtspunkt ermöglicht es, als gemeinsames Kriterium die die verschiedenen Einrichtungen des Zivilprozesses betreffenden Veränderungen in einem Abschnitt zu behandeln.

1. Der Bereich der *Prozeßvoraussetzungen* wurde erweitert. Wenn die Inprozeßtretung bestimmter Personen verbindlich ist, und diese trotz Aufforderung vom Kläger nicht in den Prozeß gezogen wurden, muß die Klageschrift ohne Ausstellung einer Vorladung abgewiesen werden. Das gleiche ist der Fall, wenn der Kläger den in der Rechtsnorm festgelegten Klageerhebungstermin versäumt [ZPO 130. §, Abs. (1), Punkte g und h].

In diesen Fällen konnte das Gericht früher die Klage nur durch ein Urteil abweisen. Diese Bestimmung betrifft einen verschwindend kleinen Teil der Rechtssachen. Ihre Wirkung ist bei der Beschleunigung des Verfahrens kaum zu spüren.



2. Die *Novelle* erlaubt die *Nebenintervention* und die *Streitverkündung* nur im erstinstanzlichen Verfahren (ZPO 54. u. 58. §). Früher war die *Nebenintervention* auch zweitinstanzlich zulässig. Auch wurde das Verfahren um die Zuständigkeit der *Nebenintervention* vereinfacht.

Auch durch diese Bestimmungen wurde der schnelle Abschluß des Verfahrens wesentlich beeinflußt, obwohl ihre Einführung begründet war. Die freiwillige *Nebenintervention* und auch die auf Streitverkündung erfolgende *Nebenintervention* kamen nämlich relativ selten vor, da keine nachteiligen Rechtsfolgen entstehen, wenn derjenige, dem der Streit verkündet wird, nicht interveniert.

3. Die Regeln bezüglich der Versäumnis der ersten Verhandlung wurden durch die *Novelle* wesentlich geändert. Dem die *erste Verhandlung* versäumenden Beklagten gegenüber anwendbaren Sanktionen wurden verschärft, es wurde das *Versäumnisurteil* eingeführt (ZPO 136. § Abs. (1)<sup>8</sup>).

Die ZPO verfügte früher derart, daß bei Versäumnis der ersten Verhandlung durch den Beklagten das Gericht die Verhandlung auf Antrag der Gegenpartei abhält. Diese Verordnung ermöglichte es, daß das Gericht ohne Einlassung des Beklagten die Verhandlung in der Sache selbst beginnen und auch auf Grund des Ergebnisses des Beweisverfahrens in der Sache entscheiden konnte. Damit blieb das *Versäumnis der Verhandlung durch den Beklagten ohne solche Sanktionen*, die die aktive Teilnahme des Beklagten angespornt hätten. Der Beklagten konnte praktisch ohne jeden ernsteren Nachteil nicht nur der ersten, sondern auch den fortlaufenden Verhandlungen fernbleiben, das Gericht im Unklaren darüber lassend, ob er sich der Klage gegenüber verteidigen will, und wenn ja, was seine Verteidigung und sein Beweisantrag sind, ob er eventuell die Forderung des Klägers anerkennt oder die vom Kläger behaupteten Tatsachen eingesteht. Ohne auf die Beurteilung der Sache einwirkende Nachteile hatte der Beklagte Gelegenheit, sich zu irgendeiner der fortlaufenden Verhandlungen, vielleicht nur in der von ihm eingelegten Berufung das erste Mal zur Klage zu äußern und hier seine Verteidigung und seinen Beweisantrag vorzubringen. Diese Verordnung gab Gelegenheit zur Passivität des Beklagten während des gesamten erstinstanzlichen Verfahrens.

Die Erfahrungen innerhalb von 20 Jahren bestätigen, daß der Beklagte auch Gebrauch von diesen Möglichkeiten gemacht hat und in vielen Fällen ihm gegenüber nicht einmal die verfahrensrechtlichen Sanktionen (z. B. sich bei der Kostentragung zeigender Nachteil) zur Geltung gebracht wurden. Doch — wie wir anerkennen müssen — waren diese Sanktionen auch im Falle ihrer Geltendmachung nicht geeignet, den Beklagten zur Abgabe einer Erklärung zu zwingen.

Schließlich wurde auch durch die Passivität des Beklagten nicht nur die schnelle Zivilrechtsprechung, sondern auch die Aufklärung des wirklichen Tatbestandes verhindert. Es hat sich bestätigt, daß die wirksame Zivilrechtspflege neben der Möglichkeit der Untätigkeit des Beklagten — ausschließlich mit der Verstärkung der richterlichen Prozeßführung

— nicht gewährleistet werden kann. Durch die Erfahrungen der Praxis wurde der Gegensatz aufgedeckt, der zwischen den die Aufklärung der Wahrheit zu gewährleisten beabsichtigenden gesetzlichen Bestimmungen und den die Möglichkeit zur Passivität des Beklagten gebenden Regelungen bestand.

Die Auflösung dieses Gegensatzes war nur mit der Steigerung der Aktivität und der Mitwirkung der Parteien, besonders des Beklagten, zu erreichen. Diese empirische Erkenntnis führte zu einer Verschärfung der im allgemeinen die Mitwirkung der Parteien begünstigenden Regelungen, und innerhalb dieser der auf das Versäumnis der Verhandlung durch den Beklagten bezüglichen Vorschriften und somit zur Einführung des Versäumnisurteils.

Für die Einführung des Versäumnisurteils sprach neben dem Erwähnten auch, daß die Übereinstimmung zwischen den Folgen der Verhandlungsversäumung des Klägers und des Beklagten geschaffen werden mußte. Das Verhandlungsversäumnis des Klägers wurde durch die ZPO viel strenger sanktioniert als das ähnliche Versäumnis des Beklagten. Auch die gesunde und rationelle „Arbeitsteilung“ zwischen der Tätigkeit der Parteien und des Gerichtes erforderte eine Steigerung der Prozeßmitwirkung des Beklagten. Es sprachen also auch prozeßökonomische Gründe für die Einführung des Versäumnisurteils.

Zusammenfassend: Ziel der Einführung des Versäumnisurteils war es, die Verantwortung für die Prozeßführung des Beklagten zu erhöhen, damit der Beklagte schon zur ersten Verhandlung gezwungen ist, sich zur Klage zu äußern und im Falle seiner Verteidigung auch den Beweisanspruch zu stellen oder auf übrige Weise — Anerkennung, Geständnis — die begründete und schnelle Entscheidung zu begünstigen.

Der *Novelle* zufolge ist die Erlassung eines Versäumnisurteils im wesentlichen im Falle des gemeinsamen Vorliegens von fünf Voraussetzungen zulässig:

- wenn
- a) der Beklagte vom Gericht *ordnungsgemäß* geladen wurde,
  - b) die *erste Verhandlung* vom Beklagten versäumt wurde,
  - c) der Beklagte *keine schriftliche Verteidigung* unterbreitet hat,
  - d) der *Kläger* die Erlassung des Versäumnisurteils *beantragte*,
  - e) die Prozeßvoraussetzungen gegeben sind und *keine* Gründe zur Einstellung des Prozesses bestehen.

Die Erbringung des Versäumnisurteils wird vom Gericht abgelehnt, wenn es den Klageantrag für bedenklich hält.

Die Verordnungen bezüglich des Versäumnisses der ersten Verhandlung und der Erbringung des Versäumnisurteils sind jedoch in den besonderen Verfahren, die das Versäumnis anderweitig regeln, nicht anwendbar. Solche sind: die Personenstandsprozesse, die Prozesse zur Anfechtung von Beschlüssen der Staatsverwaltung, arbeitsrechtliche Streitigkeiten, das Presseverfahren und die Wirtschaftsprozesse.

Das Institut des Versäumnisurteils hat sich in der Praxis bewährt, trotz des Umstandes, daß die Zahl der jährlich erlassenen Versäumnis-



urteile nicht einmal 1% des jährlichen Parteienverkehrs erreicht. Aus der niedrigen Zahl der Versäumnisurteile kann gerade darauf geschlußfolgert werden, daß die Bestimmung der Novelle ihr Ziel erreicht hat: sie regt den Beklagten zur Erscheinung auf der ersten Verhandlung und allgemein zur aktiven Mitwirkung während des Prozesses an.

Zahlreiche Probleme werden jedoch verursacht, wenn das Gericht das Versäumnisurteil auf Grund eines ungenauen Klagebegehrens erläßt. Das allein ist aber nur der nicht entsprechenden Vorbereitung der Verhandlung zuzuschreiben und kann nicht dem Institut des Versäumnisurteils zur Last gelegt werden.

4. *Die Novelle erweitert die Befugnis des Vorsitzenden des vorgehenden Senats (Senatspräsident) (ZPO 124. §).* Bei den in den Zuständigkeitsbereich des Senats verwiesenen Fällen kann der *Vorsitzende des vorgehenden Senats außerhalb der Verhandlung jede Maßnahme treffen und mit Ausnahme des Urteils jede solche Entscheidung fällen, die vom Gesetz in die Befugnis des Gerichtes (des Senats) verwiesen wird.* Während der Verhandlung kann der Vorsitzende des Senats diejenigen Maßnahmen treffen, die vom Gesetz ausdrücklich in seinen Wirkungsbereich verwiesen werden. Diese Bestimmungen beziehen sich nur auf diejenigen Fälle, in denen kein Einzelrichter, sondern ein aus drei Mitgliedern bestehender Senat entscheidet. Der Vorsitzende des Senats kann jetzt außerhalb der Verhandlung den Prozeß einstellen, das Verfahren aufheben, die Beweisführung anordnen usw.

Die das Verfahren beschleunigende Wirkung dieser Bestimmungen, genauer die in ihnen verborgene Möglichkeit kann kaum bestritten werden. Das wird im allgemeinen auch durch die Praxis bewiesen. Wenn der Vorsitzende des Senats jedoch diese Berechtigungen nicht in Anspruch nimmt, bleibt die erwartete Wirkung aus. So kommt es zum Beispiel oft vor, daß unbegründeterweise den Bitten der Parteien nach Vertagung der Verhandlung stattgegeben wird. Es ist eine Tatsache, daß sich im Vergleich zu 1973 die Anzahl der vertagten Verhandlungen erhöht hat.<sup>9</sup>

5. Auch auf dem Gebiet der Führung des *Verhandlungsprotokolls* enthält die *Novelle* wichtige vereinfachende und *technische* rationelle Abänderungen (ZPO 115. §). Die wichtigste Regel ist vielleicht, daß durch die *Novelle* dem Gericht Vollmacht dazu erteilt wird, das Verhandlungsmaterial anstelle des Protokolls *auf andere Weise* zu fixieren.

Hinsichtlich der Aufnahme des Protokolls werden aber von der *Novelle* mehrere Lösungen ermöglicht. Früher war die Anstellung des Protokollführers verbindlich. Jetzt gibt es die folgenden Möglichkeiten: Anstellung des Protokollführers während der gesamten Verhandlung; Anstellung des Protokollführers im letzten Abschnitt der Verhandlung, wenn der Richter das Protokoll diktiert; das Protokoll wird vom Richter selbst angefertigt; Tonbandaufnahmen werden gemacht und auf deren Grundlage wird innerhalb zwei Tagen das Protokoll angefertigt.

Wenn das Material der Verhandlung durch Tonbandaufnahmen fixiert wird, muß ermöglicht werden, daß die Parteien in das daraufhin

angefertigte Protokoll einsehen können bzw. auch ein Duplikat davon anfordern können.

Die Fixierung des Materials der Verhandlung auf Tonband kann heute bereits als eine allgemeine und bewährte Methode bezeichnet werden. Die eingehenden Bestimmungen hinsichtlich des auf Grund der Tonbandaufnahme anzufertigenden Protokolls sind in der Verfügung des Justizministers Nr. 15/1976 (XII. 7.) IM enthalten. Dieser Verfügung zufolge braucht in einzelnen Fällen kein Protokoll angefertigt zu werden (z. B. bei Einstellung des Prozesses). Die Tonbandaufnahme ist allgemein – wenn auf Grund dessen kein Protokoll angefertigt wurde – ein Jahr lang aufzubewahren. In gewissen Fällen ist diese Aufbewahrungszeit auch länger.

6. Auf dem Gebiet des *Beweises* hat die Ergänzung der Regeln, die sich auf den *Urkundenbeweis* beziehen, größere praktische Bedeutung (ZPO 195. und 196. §). Es mußten die mit der Entwicklung der Fototechnik auftretenden Probleme gelöst werden: die durch *Fotokopien* und *Mikrofilme* aufgeworfenen Beweisfragen. Es ist zu erwarten, daß die Mikrofilme auf immer breiteren Gebieten der Registratur und auch in den Archiven angewendet werden. Auch bei der Schaffung der Regeln zum Prozeßbeweis mußte mit diesen technischen Neuerungen gerechnet werden. Die Regelung mußte jedoch auch in Betracht ziehen, daß die technische Entwicklung immer größere Möglichkeiten zur Anfertigung auch von gefälschten Film- oder Fotokopien mit sich bringt. Die Gefahr der Fälschung ist hier vielleicht größer, als bei den „traditionellen“ Urkunden und den davon mit traditionellen Mitteln angefertigten Kopien.

Die Beweiskraft der von den Urkunden angefertigten Film- (Foto-) Kopien und den von den Urkunden bzw. den Film- (Foto-) Kopien angefertigten Lichtpausen ist durch die *Novelle* geregelt worden.

Die Beweiskraft der von öffentlichen Urkunden angefertigten Fotos, Filme bzw. der davon gefertigten Lichtpausen ist identisch mit der Beweiskraft der *öffentlichen Urkunden*, wenn das *Foto*, der *Film* vom Gericht, Notar oder einer anderen Behörde von einer, in seiner Verwahrung befindlichen öffentlichen Urkunde angefertigt worden ist, oder die *Fotokopie* von in seiner Verwahrung befindlichen Fotos oder Filmen. Ebenfalls identisch mit der Beweiskraft der öffentlichen Urkunde ist die des davon angefertigten Filmes (Fotos), der Fotokopie, wenn diese das *zur Bewahrung der Urkunde berufene Organ* (z. B. Archiv) von der in seiner Verwahrung befindlichen Urkunde anfertigte.

Auch die wirtschaftenden Organisationen können von den durch sie ausgestellten oder in ihrer Verwahrung befindlichen Urkunden, Filme bzw. Fotos anfertigen. In solchen Fällen jedoch haben die von der Urkunde angefertigten Filme, Fotos nur solch eine Beweiskraft, wie die voll beweiskräftige Privaturkunde.

Die technische Entwicklung hat die Richtigkeit dieser Bestimmungen bestätigt.



7. *Der Abkürzung der Prozeßdauer* dient die Maßnahme, derzufolge das Gericht die von ihm festgesetzte *Frist* nur zu einer Gelegenheit verlängern kann. Die richterliche Frist kann jedoch zusammen mit der Verlängerung nicht mehr als 45 Tage betragen, mit Ausnahme des Falles, wenn die Anfertigung eines Sachverständigengutachtens eine im Vergleich dazu längere Zeit in Anspruch nimmt (ZPO 104. §).

Die richtige Festsetzung der richterlichen Fristen kann ein bedeutendes Mittel zum schnellen Abschluß der Prozesse darstellen. Seit Erscheinen der Novelle gehen die Gerichte im allgemeinen bei der Festsetzung der Fristen mit größerer Umsicht vor. Oft kommt es aber vor, daß sie z. B. zur Angabe einfacher Daten den Parteien unberechtigtweise eine lange Frist setzen. In vielen Fällen kontrollieren sie nicht einmal die Einhaltung der den Parteien gesetzten Fristen. Auf einzelnen Gebieten kommt es infolge der Überlastung der Sachverständigen auch oft zur mehrfachen Verlängerung der Fristen. Alle diese Umstände beeinflussen die Prozeßdauer nachteilig.

8. *Die mit der Begründung der Beschlüsse* zusammenhängenden Verordnungen enthalten auch bedeutende Vereinfachungsmöglichkeiten (ZPO 121. §). Die *Novelle* erlaubt in folgenden Fällen die *kurze Begründung*:

a) Wenn die sachliche und rechtliche Beurteilung des Falles einfach ist; es muß nur auf die kurze Niederschrift des festgestellten Tatbestandes und die angewandten Rechtsregeln verwiesen werden.

b) Genauso muß verfahren werden, wenn die zur Berufung Berechtigten vor der schriftlichen Abfassung des Urteils auf die Berufung verzichten.

c) Bei dem auf Grund des Verzichtes auf das Recht oder die Anerkennung des getroffenen Urteils muß neben dem kurzen Tatbestand nur auf diese Tatsache verwiesen werden.

d) Der Guttheißungsbescheid des Vergleiches muß nicht begründet werden.

Die *Novelle* ermöglicht unverändert weiterhin keine Übergehung der Urteilsbegründung, sondern erlaubt nur in einzelnen Fällen anstelle der ausführlichen Begründung als Ausnahme die kurze Begründung. Die Urteilsbegründung muß immer schriftlich abgefaßt werden und den Parteien von Amts wegen zugestellt werden.

Der Feststellung der bereits zitierten Information<sup>10</sup> zufolge stellt es einen eigentümlichen Widerspruch dar, daß die Richter die Möglichkeit der kurzen Begründung nicht nützen, obgleich dies eine Möglichkeit zur rationalen Senkung ihrer eigenen Arbeitsbelastung darstellt. Die sog. Überbegründung ist auch heute keine seltene Erscheinung.

9. Auf die Beschleunigung wirkt auch diejenige Neuerung ein, die in einzelnen Fällen die *Entscheidung der Berufung außerhalb der Verhandlung* in geschlossener Sitzung ermöglicht (ZPO 256/A §).<sup>11</sup> Die Gründe, die zur Möglichkeit der Behandlung der Berufung außerhalb der Verhandlung führen, können in drei Gruppen geteilt werden:

a) Die Berufung ist außerhalb der Verhandlung zu entscheiden, wenn die *Aufhebung des Prozesses* zulässig ist, oder wenn das *erstinstanzliche Urteil in seiner vollen Gänze außer Kraft gesetzt und das erstinstanzliche Gericht zu einem neuen Verfahren angewiesen werden muß*, weil das erstinstanzliche Gericht nicht vorschriftsmäßig zusammengesetzt war oder daran ein ausgeschlossener Richter teilnahm oder weil irgendeine sonstige Regelverletzung des Verfahrens erfolgte, infolgedessen das erstinstanzliche Verfahren in seinem ganzen Umfang wiederholt werden muß; weiterhin, wenn sich die Berufung nur auf die *Prozeßkosten*, die *vorläufige Vollstreckbarkeit*, die *Erfüllungsfrist*, die *Teilzahlungserleichterung* oder das *Zinszahlungsmaß* bezieht.

b) In Prozessen zur Zahlung von Geld oder zur Herausgabe einer beweglichen Sache, wenn der Streitwert 5000 Forint nicht überschreitet, weiterhin bei gesetzlichen Unterhaltsprozessen, wenn nur die Summe des Unterhaltsbeitrages strittig ist, *beräumt* das Gericht *nur dann eine Verhandlung an*, wenn das irgendeine der Parteien beantragt. Im übrigen wird über die Berufung außerhalb der Verhandlung entschieden.

c) Wenn die Berufungspartei in der Berufung die Entscheidung des Falles außerhalb der Verhandlung *beantragt* und ihre Gegenpartei die Abhaltung der Verhandlung nicht verlangt, muß die Berufung *in gleich welcher Angelegenheit* außerhalb der Verhandlung entschieden werden.

Das Gericht kann jedoch in sämtlichen eben erwähnten Fällen, wenn es den Fall nicht für außerhalb der Verhandlung entscheidbar hält, eine Berufungsverhandlung anberaumen. Das ist die Gewährleistung dafür, daß die Vereinfachung nicht auf Kosten der Gründlichkeit erfolgen kann, da das Gericht im erforderlichen Falle eine Verhandlung anberaumen kann.

Vom Berufungsverfahren muß, wenn das *nicht* zu einer Verhandlung erfolgt, *kein Protokoll aufgenommen werden* und die Parteien müssen *vom Zeitpunkt der Entscheidung nicht* verständigt werden.

Die Möglichkeit der Behandlung der Berufung außerhalb der Verhandlung wird von den Richtern genutzt. Auch diese Bestimmung der Novelle hat sich in der Praxis eindeutig bewährt.

## V. Maßnahmen zur Verhinderung des Mißbrauchs des Prozeßsystems

Zur Verhinderung und Sanktionierung des unredlichen Verfahrens (z. B. Lüge während des Prozesses und prozeßverschleppendes Verhalten) gab auch die früheren Regeln Möglichkeit. Durch die *Novelle* wurde einerseits der Kreis der unredlichen Verfahren wegen anwendbaren Sanktionen verschärft, andererseits erweitert.

Die Summe der festsetzbaren *Geldbuße* wurde von 1000 auf 5000 Ft erhöht. Die Voraussetzungen zur Auflegung der Geldbuße wurden vereinfacht. Der neuen Regelung zufolge kann die Buße sofort nach Erfolgen des unredlichen Verhandlungsverhaltens auferlegt werden und die Parteien (der Vertreter) müssen nicht zuvor gehört werden.



Die *Novelle* führte auch eine neue Institution ein, und zwar handelt es sich um die sogenannte *Gebührenbuße*. § 5, Abs. (4) der ZPO zufolge kann das Gericht diejenige *Partei* oder denjenigen *Vertreter*, die oder der einzelne Prozeßhandlungen grundlos verzögert oder irgendeine Frist oder einen Termin grundlos versäumt, über die Erstattung der überflüssig verursachten Kosten hinaus — ohne Rücksicht auf sein Obsiegen oder sein Unterliegen — zur Zahlung einer *Gebühr* zugunsten des Staates verpflichtet werden. Die Summe der Gebühr beträgt 3% des Streitwertes. Diese schwerwiegende materielle Folgen mit sich bringende Sanktion kann das Gericht nur im Falle eines *offenkundigen unredlichen Verfahrens* anwenden. In jedem Falle wird aber durch das Gesetz Möglichkeit zur Berufung gegen den die Sanktion festsetzenden Beschluß gewährleistet. Natürlich ist einer unredlichen Handlung wegen immer nur eine Sanktion anwendbar, entweder Geldstrafe oder Gebühr. Die übrigen Sanktionen des unredlichen Verhaltens sind von der *Novelle* unverändert belassen worden.

Es ist eine allgemeine Erfahrung, daß unsere Gerichte wegen der unredlichen Prozeßführung durch die Parteien nur sehr selten eine Geldbuße oder eine Gebührenbuße aussetzen, auch dann wenn das unredliche Verhalten der Parteien offensichtlich ist. Es kommt häufig vor, daß das Gericht später die bereits ausgesetzte Buße unbegründeterweise erläßt. Die Gerichtspraxis enthält sich im allgemeinen der Aussetzung von Bußen. Die sich auf die Verhinderung des unredlichen Verfahrens beziehenden verschärfenden Maßnahmen kommen also in der Praxis nicht in dem vom Gesetzgeber gewünschten Maße zur Geltung.

*Zusammenfassend* kann festgestellt werden, daß die Bestimmungen der *Novelle* geeignet sind, die vom Gesetzgeber gesteckten Ziele zu erreichen. Das wird auch durch die bisherige Praxis nachgewiesen. Der skizzenhafte Überblick über die richterliche Praxis verlegte die Betonung absichtlich auf die Probleme, bezeichnete also die auf Lösung wartenden Aufgaben. Wir stimmen mit der Feststellung überein, daß die Bestimmungen der *Novelle* dann restlos die an sie geknüpften Erwartungen erfüllen, wenn sämtliche, der Effektivität des Verfahrens dienenden Bestimmungen der ZPO von unseren Gerichten richtig und konsequent angewandt werden.<sup>12</sup>

#### FUSSNOTEN

<sup>1</sup> Hinsichtlich der Effektivität des Verfahrens siehe: *Névai: A polgári per hatékonyságának problémája a gazdaságirányítás új rendszerében* (Das Problem der Effektivität des Zivilprozesses im neuen System der Wirtschaftsleitung). Jogtudományi Közlöny 1970/10.

<sup>2</sup> Die ZPO enthält hinsichtlich der folgenden Angelegenheiten besondere Verfahrensregeln: Ehestreitigkeiten, Prozesse zur Feststellung der Familienrechtsstellung, Prozesse zur Aufhebung oder Wiederherstellung des Sorgerechts, Prozesse zur Entmündigung, Prozesse zum Angriff eines Beschlusses der Staatsverwaltung, das Presseberichtigungsverfahren, Prozesse, die sich aus den Streitigkeiten der genossenschaftlichen Mitgliedschaft (dem genossenschaftlichen Mitgliedsrechtsverhältnis) ergeben, die arbeitsrechtlichen

Свою тематику автор подразделяет на пять частей:



### I. Унификация системы судебных инстанций по гражданским делам.

Закон № IV от 1972 г. о судостроительстве упразднил органы госарбитража по хозяйственным делам, рассматривавшие ранее споры между хозяйственными организациями (государственными предприятиями и т.п.), и слил эти арбитражные комиссии в систему обычных судов. Законом также были упразднены территориальные арбитражные комиссии по трудовым делам, рассматривавшие трудовые споры, и заменил их особыми судами по трудовым делам, имеющими компетенцию по рассмотрению подобных споров. Таким образом, закон создал единый порядок рассмотрения трудовых споров.

По мнению автора данная практика оправдала надежды, связанные с унификацией системы инстанций. Расширение судебного пути рассмотрения дел содействовало дальнейшему развитию единства гражданского правосудия и эффективности обеспечения правовой защиты.

II. На значительную часть гражданских дел Новелла распространила *систему рассмотрения дел единоличным судьей*. В настоящее время более чем 50% гражданских дел рассматривается единоличными судьями. Данная законодательная мера оправдала себя на практике и содействует ускоренному осуществлению правовой защиты.

III. В соответствии с общественными потребностями Новелла несколько сузила право прокурора предъявлять иски.

IV. В этой части автор дает краткий обзор положений Новеллы, имеющих целью способствовать *упрощению, усовершенствованию и ускорению* гражданского процесса. Автором исследуется практика осуществления соответствующих мер, из числа которых интерес заслуживают следующие моменты:

По мнению автора успешным следует признать ведение института т.н. *судебного ордера*, который позволяет суду выносить решения о присуждении претензии истца в соответствии с иском заявлением в случае неявки ответчика на первое разбирательство по делу. В результате данного положения Новеллы фактически повысилась процессуальная активность ответчика. Благодаря этой регламентации количество таких заочных решений стало сравнительно небольшим.

Положения, предусматривающие *расширение правомочий председательствающего суда*, оказались пригодными для ускорения ведения процесса. Несмотря на это, в данной области остались еще многие неиспользованные возможности.

В некоторых случаях Новелла допускает *рассмотрение жалоб на решения суда без проведения разбирательства*. Суды пользуются этой возможностью, причем практика применения данной процессуальной меры содействовала уже сокращению продолжительности процедуры по рассмотрению таких жалоб судами второй инстанции.

Что касается положений Новеллы о введении *более строгих санкций против недобросовестного ведения сторонами процесса* (денежный штраф и т.п.), то автор констатирует, что эти санкции наши суды применяют только в редких случаях, хотя в ряде случаев было бы необходимо применять их. Так, в данной области Новелла на практике еще не достигла поставленной цели.

## LA TROISIÈME LOI COMPLÉMENTAIRE DU CODE DE PROCÉDURE CIVILE HONGROIS A LA LUMIÈRE DE LA PRATIQUE

par

GYULA VARGA,

maître-assistant

(RÉSUMÉ)

Le Code de procédure civile hongroise a été dernièrement modifié par le décret-loi de l'an 1972 n° 26 (la loi complémentaire n° III du Code de procédure civile) entré en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier 1973.

L'auteur passe en revue les expériences pratiques de plus d'une décennie passée depuis l'entrée en vigueur de la loi complémentaire. Celle-ci avait pour principal de moderniser la procédure civile, d'élever son efficacité. En faisant connaître les dispositions importantes de la loi complémentaire l'auteur examine la pratique judiciaire sans oublier les buts.

### *I. L'unification du système d'instances des affaires civiles*

La loi de l'an 1972 n° IX sur les juridictions a supprimé les commissions arbitrales économiques ayant auparavant jugé les litiges survenus entre les services de gestion (entreprises d'État etc.) en les insérant dans l'organisation des tribunaux ordinaires. Cette loi a également supprimé les commissions arbitrales d'arrondissement jugeant les litiges de travail en créant des tribunaux spéciaux pour juger les litiges. C'est ainsi que les litiges de travail ont été unanimement adressés au tribunal.

L'auteur est d'avis que la pratique a justifié les espoirs liés au système d'instance. L'élargissement de la voie judiciaire a favorisé le développement ultérieur de l'unité de la pratique du jugement et l'efficacité de la protection juridique.

II. Dans le plupart des affaires civiles la loi complémentaire a introduit *le système de juger seul*. Actuellement dans plus de 50% des affaires les juges seuls agissent. Cette mesure a répondu à l'attente, elle assure une protection juridique rapide.

III. Quant au droit du procureur d'intenter l'action la loi complémentaire l'a rétréci quelque peu conformément aux exigences de la société.

IV. Dans ce passage l'auteur donne un bref aperçu des dispositions de la loi complémentaire qui sont appelées à favoriser *la simplification la modernisation et l'accélération* de la procédure. Il en examine la réalisation pratique. En voici les plus importantes:

L'auteur est d'avis que l'introduction *du jugement de défaillance* qui permet de condamner le défendeur figurant dans l'action, défendeur qui s'est abstenu de la première audience. Cette disposition a effectivement augmenté l'activité du défendeur dans le procès cela explique le nombre relativement bas des jugements de défaillance.

Les dispositions concernant *l'élargissement du président de la Chambre* se sont avérées aptes à la poursuite du procès bien que dans ce domaine il y ait encore beaucoup de possibilités inépuisables.

Dans certains cas la loi complémentaire a permis de juger *l'appel hors d'audience*. Les tribunaux jouissent de cette possibilité qui a permis de réduire la durée de la procédure de seconde instance dans ces affaires.

En ce qui concerne les dispositions (amende etc.) *aggravant les sanctions de la procédure mauvaise des parties* l'auteur établit que ces sanctions sont rarement infligées par nos tribunaux bien que dans beaucoup de cas cela soit justifié. Ainsi la loi complémentaire n'a pas atteint dans la pratique l'objectif voulu.